Standesangelegenheiten.

III. Hauptversammlung des Verbandes der Aerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirthschaftlichen Interessen (Leipziger Verband), Cöln, 10. September 1903.

Berichterstatter: Dr. R. Lennhoff (Berlin).

Die erstaunlich schnelle Entwicklung des Leipziger Verbandes und die Wandlungen, die er in der kurzen Zeit seines Bestehens durchgemacht hat, spiegeln sich in der diesjährigen Hauptversammlung am 10. September in Cöln wieder. Vor zwei Jahren in Hildesheim ein kleines Häuflein Begeisterter, noch ziemlich unklar in ihren Zielen, aber einig darin, dass dem deutschen Aerztetage in seiner bisherigen Form die schärfste Opposition gemacht werden müsse, zugleich aber mit dem Bestreben, nicht gegen den Aerztevereinsbund zu operiren, sondern ihn möglichst im Sinne des Leipziger Verbandes umzumodeln. In Königsberg i. P. sind schon die Spuren dieser Ummodelung deutlich zu spüren, am 7. März dieses Jahres steht der ausserordentliche Aerztetag in Berlin ganz unter dem Einflusse des Verbandes, und der Vorsitzende, Prof. Löbker, verkündet, dass eine organische Verbindung der beiden grossen Organisationen schon unter den leitenden Personen vereinbart sei. Die endgültige Vollziehung dieser Verbindung gab der jüngsten Tagung ihr Gepräge.

Mit grosser Befriedigung und nicht unberechtigtem Stolze konnte der Vorsitzende Hartmann verkünden, dass die Mitgliederzahl auf 9800 angewachsen sei. Mit dem Verbands muss also gerechnet werden, zumal die hohe Mitgliederzahl eine jährliche Einnahme von nahezu 200 000 Mark, also eine nicht zu unterschätzende wirthschaftliche Macht bedeutet. Diese Macht hat der Verband in mehreren grossen Konfliktsfällen, so in Gera, Mühlhausen, Stralsund zur Geltung bringen können. Sie zeigt sich auch in der Energie, mit der die Gegner der Coalitionsbestrebungen der Aerzte den Leipziger Verband bekämpfen. Den bedrängten Kollegen eines Ortes wird am besten dadurch geholfen, dass für andere die Veranlassung, ihnen in den Rücken zu fallen, genommen wird. Darum wird sich der Verband mit grösster Sorgfalt der Stellenvermittlung widmen. Die Häufung der Geschäfte nöthigt zur Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers. Dies geht am deutlichsten aus den umfangreichen Berichten des Kassirers Hirschfeld und des Schriftführers Göhler hervor.

Die Vereinbarungen mit dem deutschen Aerztevereinsbund vertrat mit Energie und grossem Geschick der jüngere Götz (Leipzig); ihr Inhalt ist bereits in dem Alexander'schen Bericht über den Aerztag (S. 711 dieser Wochenschrift) mitgetheilt. Diese Abmachungen entfesselten eine lebhaft, zeitweilig erregte Diskussion. Die Gegner befürchteten eine Verflachung des Leipziger Verbandes, ein Erlahmen seiner agitatorischen Kraft, wenn er sich dem Aerztevereinsbund „unterstelle“, die Freunde glaubten, dass im Gegentheil der Aerztevereinsbund sich immer mehr dem Standpunkte des Verbandes nähern würde. Die Hauptsache aber wäre, dass in dieser kritischen Zeit mit aller Deutlichkeit nach aussen die Einigkeit des gesammten deutschen Aerztesandes dokumentirt würde. Nachdem überdies der Vorsitzende Hartmann erklärt hatte, dass er von Anfang an die Geschäfte im Sinne der beantragten Vereinbarungen geführt hätte, wurden diese mit grosser Majorität gutgeheissen.

Die Furcht vor zu grosser Lauheit des Verbandes kam noch mehr zum Ausdruck in der Diskussion, die sich an das Referat von Rud. Lennhoff (Berlin) über das „**Verhältniss des Verbandes zur Centrale für freie Arztwahl**“ anschloss. Redner hatte die Aufgaben der Centrale entwickelt, die hauptsächlich dahin gehen, dass die Aerzte, denen durch die freie Arztwahl der Weg zur Kassenpraxis verschlossen wird, auch befähigt werden, den ihnen dadurch entstehenden neuen Aufgaben gerecht zu werden. Dies müsse in enger Gemeinschaft mit dem Leipziger Verband geschehen, der ja auch seinerseits die freie Arztwahl zu einem seiner Hauptprogrammunkte gemacht habe. Es sei aber nöthig, Klarheit für den Fall zu schaffen, dass, ähnlich wie in Berlin, Gegner und Freunde der freien Arztwahl bezüglich einer Krankenkasse in Konkurrenz treten, beide aber Mitglieder des Verbandes sind. Als Hartmann erklärte, dass sich dann der Verband hauptsächlich auf eine vermittelnde Thätigkeit beschränken müsse, erhob sich lebhafter Widerspruch, der am prägnantesten von Mugdan (Berlin) und Magen (Breslau) zum Ausdruck gebracht wurde. In der Folge lenkte denn auch Hartmann ein und erklärte, dass der Verband niemals etwas gegen die freie Arztwahl unternehmen würde. Trotzdem blieb bei vielen die Empfindung bestehen, als ob der Verbandsleitung mehr an einer grossen Mitgliederzahl liege, als dass die Mitglieder in diesem Hauptpunkte alle dasselbe Ziel verfolgen. Es gelangte eine Resolution Peyser (Berlin) zur Annahme, in der der Leipziger Verband erklärte, dass die freie Arztwahl, wo sie besteht, durch kein schlechteres System ersetzt werden darf.

Ein sehr gründliches Referat von Scherer (Ludwigshafen): **zur Frage der ärztlichen Streikbewegungen**, in welchem die ärztlichen Streiks unter Umständen als unbedingt nothwendig bezeichnet wurden, fand nicht mehr genügende Aufmerksamkeit.

In einer am nächsten Tage abgehaltenen Conferenz der **Centrale für freie Arztwahl** wurde deren Arbeitsprogramm weiter erörtert. Als Hauptaufgabe betrachtete man die Schaffung von Unterlagen für eine gedeihliche Durchführung der freien Arztwahl und Belehrungen der Kassenärzte. Ferner wurde mit Entschiedenheit betont, dass Centrale und Leipziger Verband auf das engste zusammenarbeiten müssen.